

Die „Vorblätter“ erscheinen morgens am nachmittags, Sonn- und Montage aus-
schließlich. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
20,- M., im voraus zahlbar, von der Redaktion freist. ergebend 1,50 M. Für Ver-
kauf und sonstige Verhältnisse siehe die Bedingungen. Unter Streifenband
begeben für Eisenbahn und Postzeitung 15,50 M., für das Ausland 21,50 M.,
postfrei. Einzelhefte, per Post für Deutschland und Österreich 20,- M.
Verkaufsstellen, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Oranienstr. 2-3.

Die abgedruckten Korrespondenzen über den Raum kosten 5,- M., einschließlich
Leitungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Verkaufte Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche
in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4602, 4625, 4648, 4821.

GTREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sturm im Danziger Parlament

Erregte Szenen

Danzig, 20. Oktober.

In der heutigen Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung kam es zu erregten Szenen, die schließlich einen Abbruch der Beratungen herbeiführten. Anlässlich der Debatte über das Richterwahlgesetz hatte der Abgeordnete Müller (Mehrheitssozialist) Ausführungen gemacht, denen der Präsident des Landgerichts Danzig in einer Erklärung entgegenzutreten wollte. Als der Schriftführer dieses Schriftstück im Auftrage des Präsidenten zur Verlesung brachte, erhob sich auf der linken Seite des Hauses größter Widerspruch, der schließlich dahin führte, daß der unabhängige Abgeordnete Mau dem Schriftführer das Schriftstück entriß und vernichtete. Der hierauf auf der rechten Seite des Hauses einsetzende Protest dauerte längere Zeit, so daß der Präsident gezwungen wurde, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen.

In dieser Zeit gelang es jedoch nicht, eine Einigung herbeizuführen, so daß nach Wiedereröffnung der Sitzung eine abermalige zweitägige Vertagung eintreten mußte. Nach 6 Uhr abends wurde die Sitzung zum dritten Male eröffnet. Ein Redner des Zentrums gab im Auftrage der bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, in der das Verhalten der linksstehenden Parteien gemißbilligt wurde. Im Auftrage der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten erklärte ein Redner der Unabhängigen, daß die Geschäftsordnung von der rechten Seite des Hauses zuerst gebracht sei und daß infolgedessen das Vorgehen des Abg. Mau im Interesse der Wahrung der Rechte des Hauses gebilligt werden müsse. Nach diesen beiden Erklärungen setzte ein neuer mehrerer Minuten andauernder Lärm im ganzen Hause ein, der sich nach Begegnung der beiden Delegationen der Antrag auf Vertagung des Hauses bis Mitte nächster Woche einbrachte und durch Hammerschlag angenommen wurde. Die Sozialisten antworteten in einem Antrage auf sofortige Einberufung einer neuen Plenarsitzung, die der Präsident sodann auf Freitag dieser Woche ansetzte.

Die englische Streiklage

St. London, 20. Oktober.

Die Morgenblätter berichten, daß noch kein Anlaß für eine Zusammenberufung der Leitung des Bergarbeiterverbandes vorliege. Nach ihrer Meinung ergibt sich aus Lord Georges Mitteilungen nichts über eine Aenderung der Haltung der Regierung bezuglich, daß ein Schritt der Führer gerechtfertigt wäre. Die Frage der Vermittlung durch andere verantwortliche Gewerkschaftsführer ist jetzt dringend geworden. Die Vertreter der Bergleute sind tief enttäuscht darüber, daß die Vorschläge von Brace nicht angenommen wurden und daß die Regierung offensichtlich die Bedin-

gungen anrecht erhält, nach denen die Lohnerhöhung von einer erhöhten Produktion abhängig gemacht werden soll.

Die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, welche verfügt wurde, wird auch auf die Passagierzüge über den Kannel-Kanal ausgedehnt werden. Der Dienst Newhaagen-Dieppe ist ebenfalls eingeschränkt. Von Sonntag an kann man nur einmal täglich von Dover nach Calais reisen. Auf den anderen Strecken dürfte der Dienst ganz eingestellt werden.

Etwa 3000 Arbeiter der Eisen- und Stahlfabriken in York sind arbeitslos geworden. Die Schiffsarbeiter können noch 14 Tage ohne neue Kohlenzufuhr aushalten. Die Nahrungsmittelversorgung ist gesichert. Die Gas- und Elektrizitätswerke können, wenn sehr sparsam zu Werke gegangen wird, durchhalten. In Yorkshire hat man begonnen, die Hochöfen zu löschen und in den Eisenerzgruben werden die Pferde ans Tageslicht gebracht. Der größte Teil der Eisen- und Stahlabriken im ganzen Lande steht jetzt still. Etliche Werke behielten die Arbeiter noch zur Ausführung von Reparaturarbeiten zurück.

Der Verband der Eisenbahner in York hat eine Entschädigung angenommen, worin er erklärt, daß die Weigerung der Regierung, die rechtlichen Forderungen der Bergleute zu bewilligen, ein direkter Angriff auf das gesamte Wirtschaftsleben sei, und daß der Verband seine Delegierten beauftrage, für einen Streik zu kämpfen. Hodge erklärte, daß die Mitteilungen des Premierministers nicht zeigten, daß in den kritischen Punkten ein Fortschritt erzielt sei und daß seine Rede nicht zu einer Regelung beitrage. Auch andere Arbeiterführer äußerten sich in demselben Sinne.

Einer „Dena“-Redung aus London zufolge faßte die Exekutive der Bergarbeiterorganisation von Südwales in einer Konferenz in Cardiff den Beschluß, daß, wenn nicht der Streik am 30. Oktober beendet sei, der Bergarbeiterverband von Großbritannien ersucht werden solle, eine Nationalkonferenz einzuberufen zu dem Zweck, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht alle Maschinen und Pumpenbedienungen sowie die Heizer aus den Gruben aller Kohlengebiete zurückgezogen seien. Sollten die Bergarbeiter diese, ihre Drohung wahrnehmen, so müßte das zu einer Katastrophe im Bergbau führen, da die Bergwerke in kurzer Zeit überflutet sein würden.

In der Unterhausführung am Dienstag forderte der Führer der Arbeiterpartei, Adamson, Lloyd George auf, sobald als möglich eine Konferenz aus Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter einzuberufen, um die Vorschläge von Brace zu beraten. Lloyd George erklärte, er sei bereit, eine solche Konferenz einzuberufen; er werde gern mit der Leitung des Bergarbeiterverbandes zusammentreffen, wenn dieser bereit sei, die Unterhandlungen auf Grund folgender beiden Bedingungen zu führen: einerseits Lohnerhöhung und andererseits höhere Kohlenherzeugung.

willenslose Werkzeuge in den Händen der Führer werden. Der neue Putz soll gelingen. Deshalb das ganze Wehrgesetz.

Bezeichnenderweise ist die gesamte bürgerliche Presse, mit Ausnahme der „Volkzeitung“, mit diesem Nachwerk einverstanden. Die „Deutsche Tageszeitung“ jubelt. Sie sieht in dem Wehrgesetz den Wiederaufbau zweier zerstörter Gefechtskörper des alten Heeres. „Die unbedingte Autorität des Vorgesetzten und das völlige Fernhalten der Wehrmacht von der Politik.“ Begründend führt sie aus:

„Die Ausschaltung jeder Politik aus dem Heere ist die Vorbedingung für seinen inneren Halt, das heißt die Geschäfte aller Zeiten und Völker. Eine politisierende bewaffnete Macht bildet eine ständige Gefahr für die gesetzmäßige Entwicklung im Innern und wird, in sich selbst zerlegt, nach außen verlagert. Durchgreifende Maßnahmen, bei denen Härten unvermeidlich sind, müßten daher als erforderlich angesehen werden, um den politischen Kampf von dem neu zu bildenden Reichsheer fernzuhalten, es unbeeinträchtigt über die Parteien zu stellen, damit es ein stets zuverlässiges Machtmittel der Staatsgewalt wird. Deshalb mußte noch über das Verbot unmittelsbarer politischer Betätigung hinausgehend, dem Soldaten auch hinsichtlich seiner Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinen eine Beschränkung insofern auferlegt werden, als diese Zugehörigkeit von der Genehmigung seiner Vorgesetzten abhängig gemacht wird (§ 33).“

Hier wird also ganz deutlich ausgesprochen, daß man auch hinter den wirtschaftlichen Verbindungen der Soldaten politische Einflüsse wittert. Herrn Seeckt kommt es dabei natürlich weder auf die politischen, noch auf die wirtschaftlichen Wünsche der Soldaten an. Er haßt die Vereinigung der Soldaten an sich, er will den Zusammenschluß überhaupt verhindern, ganz gleich, zu welchen Zwecken er vorgenommen wird. Das Verbot der Vereinigung, gerichtet gegen Unteroffiziere und Mannschaften, soll nicht die Politik aus dem Heere vertreiben, es soll vielmehr die Wehrmacht zu einem politischen Instrument allerersten Ranges machen. Nur soll diese Politik nicht von den Mannschaften, sondern von „zuverlässigen“ Führern in das Heer hineingetragen werden. Ganz wie zu Wilhelms Zeiten.

Das ist der Sinn des neuen Wehrgesetzes, dessen wahrer Geist im Reichstag hoffentlich eine entsprechende Würdigung erfährt.

Das neue Wehrgesetz

Die Rechtlosmachung der Soldaten

Der Reichstag soll in seiner jetzigen Tagungsperiode das neue Wehrgesetz annehmen. Wir haben über den Charakter des Gesetzes unsere Meinung schon wiederholt gesagt. Es ist das Werk des Generals von Seeckt, der damit das letzte Restchen eines neuen Geistes aus dem Heere verdrängen und dieses wieder zu einem vollkommenen Machtinstrument in den Händen der monarchistischen Führer machen will.

Das Recht der politischen Betätigung ist dem Soldaten bereits geraubt worden. Das war ein glatter Verfassungsverstoß, zu dem der Reichstag willig seine Hand bot. Das neue Wehrgesetz geht aber noch weiter. Es nimmt den Soldaten auch das Recht, sich zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen. Nur wenn die Zustimmung der Vorgesetzten vorliegt, können sich die Soldaten zur Befredung wirtschaftlicher Angelegenheiten zusammenschließen. In der Praxis bedeutet das nichts weiter als die völlige Rechtlosmachung der Soldaten. Die Heereskammer, die vor einigen Wochen tagte, hat deshalb mit großer Mehrheit diesen Paragraphen niedergestimmt und beschlossen:

„Die Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinigungen im Sinne des Artikels 159 der Reichsverfassung darf den Angehörigen der Wehrmacht unter keinen Umständen unterlag werden.“

Die Führer der Wehrmacht kammerten sich um diese klare Willensäußerung nicht. Die Heereskammer ist für sie nur ein Felgenblatt zur Verhüllung des reaktionären Charakters der Wehrmacht. Sobald die Kammer nicht nach der Pfeife des Herrn Seeckt tanzt, haben für ihn die Beschlüsse keine Gültigkeit. Sie wandern in den Papierkorb. Wohin der Weg führt, den Herr Seeckt beschreitet, das ist ganz klar. Der Kapp-Putsch hat ihm gezeigt, daß verschiedene Reichswehrformationen eine selbständige Haltung gegenüber den reaktionären Führern einnahmen. Dadurch wurde die Aktion der Kappisten wesentlich gehemmt und Herr Seeckt, der das Heer vorbereiten will „auf den Tag“, will diese Hemmungen für die Zukunft unmöglich machen, indem er den Soldaten jede Möglichkeit zu einer Betätigung nimmt. Sie sollen, wie zu Wilhelms Zeiten,

Unsere Stellung zur Ausweisungfrage

Die Gründe, die unsere Fraktion zur Einbringung des Antrags über die Ausweisung Sinowjews und Losowskys veranlaßt haben, sind in der gestrigen Sitzung des Reichstags von verschiedenen Seiten verfehlert und entfestigt worden. Es ist deshalb notwendig, noch einmal in kurzen Worten festzustellen, was uns zu unserm Schritt bewegen hat.

Wir vertreten die Auffassung, daß Ausländer so gut wie Einheimische das Recht besitzen, ihre politischen Ansichten, mögen sie sich mit den unseren und denen der jeweiligen Regierungen in Übereinstimmung befinden oder nicht, in Deutschland öffentlich zu verkünden. Wir wollen, daß aus der deutschen Republik eine Freistadt wird, in der alle politischen Ansichten ausgesprochen und zum Gegenstand der Diskussionen gebracht werden können. Jeder soll hier nicht nur sein Asyl, sondern auch seine Tribüne finden, von der aus er seine Ideen zu predigen vermag. Sind sie schlecht und unheilvoll, so soll nach unserer Meinung nicht der Polizei oder einem aus Polizeikreisen zusammengesetzten Kabinett die Aufgabe zufallen, die Debatte gewaltsam abzubrechen, wir versprechen uns in diesem Falle vielmehr gerade von der ungehinderten Aussprache die beste Wirkung.

Das ist das Grundsätzliche. Danach mußten wir handeln. Wir hätten uns lächerlich gemacht, wenn wir gegenüber Sinowjew und Losowsky von dieser Linie abgewichen wären, weil diese beiden Vertreter des russischen Volkswillens uns und die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in Halle auf das unflätigste beschimpft haben. Es würde ein Zeichen von Schwäche gewesen sein und gleichzeitig von einer Geringschätzung der Urteilskraft des deutschen Proletariats gezeugt haben, wenn wir deshalb mit dem Vorgehen der deutschen Regierung sympathisierten oder zu ihm auch nur geschwiegen hätten. Es handelt sich hier nicht um eine Parteiangelegenheit, sondern um ein Prinzip.

Wenn aber wirklich das Interesse unserer Partei hier in Frage läme, so könnte ihm gar nicht schlechter gebient sein als dadurch, daß unsere Kritiker von einer bürgerlichen Regierung gewaltsam am Reden gehindert werden. Wir haben Vertrauen zu unseren wissenschaftlichen Argumenten. Wir lehnen ihre Ersehung durch Polizeimaßnahmen auf das aller-nachdrücklichste ab.

Dazu kommt noch eins: Indem man aus Sinowjew und Losowsky eine Art von Märtyrern macht, dient man weder uns noch selbst der Regierung, sondern ausschließlich diesen Propagandisten der russischen Methoden. Ihr ganzes Auftreten in Deutschland war geeignet, bei den deutschen Arbeitern im besten Sinne aufklärend zu wirken und sie selbst in Mißkredit zu bringen. Diese gute Wirkung wird beträchtlich abgeschwächt, sobald ein kapitalistisches Kabinett das Auftreten der Russen als lästig empfindet und dementsprechend gegen sie handelt.

Unsere grundsätzliche Auffassung von der Redefreiheit der Ausländer kann ferner auch nicht im geringsten erschüttert werden durch Betrachtungen über die Politik, die diese Ausländer in ihrer eigenen Heimat treiben. Deshalb werden die Darlegungen Bernsteins gänzlich abgewieg. Wenn Sinowjew und seine Freunde in Russland dem Terror huldigen, und wenn es richtig ist, daß sie es sich nicht gefallen lassen würden, wenn ein Redner sie in ihrem eigenen Lande so kritisierte, wie sie die bürgerliche Regierung, die deutschen Gewerkschaften und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kritisiert haben, so ist das kein Grund, daß wir von unserem Prinzip abgehen. Wir haben dem, der an Terrorismus glaubt, genau so das Wort zu verstoßen wie dem ausgesprochensten Pazifisten, und was die Regierung angeht, so wäre die einzige Grenze, deren Beachtung sie fordern könnte, die, daß die Fremden nicht gegen die Strafgesetze verstoßen. Daß das im vorliegenden Falle nicht geschehen ist, hat niemand deutlicher zum Ausdruck gebracht als der Minister Simons, der es als sehr zweifelhaft hinstellte, ob ein Gerichtsverfahren gegen die beiden Russen mit einer Verurteilung hätte enden können.

Damit glauben wir das Notwendige zur Erklärung unseres Standpunktes gesagt zu haben, und es liegt auf der Hand, wie unnötig es war, wenn uns von der Rechten unwürdige Unterwürfigkeit nachgesagt wurde und wenn der Neukommunist Koenen andeutete, wir hätten uns aus agitatorischen Gründen bereit, mit seinen Freunden in einen Wettbewerb einzutreten. Wir haben unseren Antrag nicht um der russischen Volkswillens und der deutschen Laiki-Volkswillens willen gestellt, sondern einzig und allein um der Sache willen. Diese Wahrheit hat dann Koenen dadurch zu verfehlern gesucht, daß er behauptete, unsere Partei, und insbesondere die „Freiheit“, hätten durch die Art ihrer Abwehr der Sinowjewischen Angriffe die Regierung zu ihrem Verhalten ermuntert. Diese Unterstellung ist von einer so unerhörten Niederträchtigkeit, daß wir es für unter unserer Würde halten, uns mit dem, der sich ihrer bediente, anscheinlich auseinanderzusetzen. Es war nicht nur unser Recht, sondern unsere

Pflicht, den Russen, die uns beschimpften, mit aller Deutlichkeit zu dienen. Wir haben in der Verteidigung scharfe Worte gebraucht, ja wohl! Aber auf einen groben Klug gehört ein grober Keil, und die deutsche Arbeiterschaft würde es nicht verstanden haben, wenn wir als ihre Wortführer in kindlicher Demut geschwiegen oder auf die Angriffe, die man gegen sie richtete, in sanften und verständlichen Tönen geantwortet hätten.

Wenn jetzt die Debatte im Reichstag in einer heftigen Auseinandersetzung zwischen denen auslag, die vor kurzem noch in einer Partei zusammensaßen, und wenn so den Bürgerlichen ein Schauspiel geboten wurde, das sie ergötzte, so tragen daran diejenigen die Schuld, die sich nicht darauf beschränkten, uns des Mangels an revolutionärem Erkennen und revolutionärem Willen zu beschuldigen, sondern uns innerhalb wie außerhalb des Parlaments auch noch als Agenten der Bourgeoisie hinstellten. Es war nicht unser Wunsch, daß die Auseinandersetzungen, die wir bisher gewissermaßen als innere Angelegenheiten betrachtet hatten, in den Reichstag getragen werden. Aber so wenig, wie wir gestern ausgewichen sind, werden wir es in Zukunft tun. Wir werden, wenn es von der andern Seite verlangt wird, über unsere Methoden und die der andern so offen und rücksichtslos reden, wie es der Genosse Ledebour gestern getan hat. Wenn die Neukommunisten ein Tänzelein wagen wollen: wir sind bereit!

Ob das freilich den Interessen des Proletariats und der Revolution dient, ist eine Frage, die vielleicht auch diejenigen nicht ohne Umschweife mit einem Ja beantworten werden, die die Spaltung des Proletariats zum revolutionären Prinzip erheben. Aber vielleicht werden solche Kämpfe, so unerfreulich sie sein mögen, mit der Zeit doch manchem Jünger Moskaus die Augen über die Gefahren öffnen, in die man die Arbeiterbewegung treibt. Die Zeit wird kommen, wo diejenigen, die heute leichtfertig Wind säen, mit Entsetzen des Sturms gewahrt werden, den sie ernten.

Ein schnelles Dementi

Zu der von uns in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichten Anfrage Ludwigs und Genossen in der preußischen Landesversammlung über die beabsichtigte Strafverfolgung gegen die Mitglieder der dritten Internationale wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß ein derartiges Vorgehen im preußischen Justizministerium oder einer anderen preußischen Regierungsstelle nicht beabsichtigt ist, und daß keinerlei ähnliche Bestrebungen im Gange sind.

Dieses Dementi war bitter notwendig, wollte man sich an regierender Stelle nicht dem Fluch der Lächerlichkeit aussetzen. Aber es ist mit diesem Dementi der preußischen Regierung noch keineswegs gesagt, wieviel man sich in den Kreisen der Reichsregierung mit ähnlichen Gedanken beschäftigt. Als in der gestrigen Sitzung des Reichstages unser Genosse Rosenfeld diese lächerlichen Absichten zur Sprache brachte, schwiegen die Regierungsvorsteher. Hoffentlich bequemt sich auch die Reichsregierung zu einem ebenso schleunigen Dementi wie die preußische. Ihrem Ansehen könnte es nichts schaden.

Die Fraktionsbildung im preußischen Landtag

Der Aeltestenrat der Preussischen Landesversammlung wurde sich darüber einig, daß am Donnerstag die zweite Lesung der Verfassung beginnen soll. Zunächst wurden für diese Arbeit noch der Freitag und Sonnabend in Aussicht genommen. In der nächsten Woche sollen der Sonnabend und der darauffolgende Montag und Dienstag frei sein.

Ferner beschäftigte man sich mit der Fraktionsbildung auf der äußersten Linken. Die Abgg. Ludwig und Adolph Hoffmann machten Mitteilung davon, daß auf der einen Seite 14, auf der anderen Seite neun Mitglieder ausgeschieden seien. Der Aeltestenrat entschied darauf, daß die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei als aufgelöst zu betrachten sei. Es wurde ihnen bisherigen Mitgliedern anheim gegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzureichen. Diese 15 Mitglieder würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

U. S. V.-Fraktion im württembergischen Landtag
Im württembergischen Landtag hat sich eine neue U. S. V.-Fraktion unter Vorsitz des Abgeordneten Schred gebildet.

Der Kampf um die Presse

Einer Telefon-Meldung zufolge geben die Neukommunisten in Frankfurt a. M. ein selbständiges Organ, den „Südwestdeutschen Arbeiter“ heraus, der vorläufig dreimal in der Woche erscheint. Die Anteilnahme an „Volksrecht“, die sich im Reich von Mitgliedern des linken Flügels befinden, sind gekündigt worden. Das Geld wurde zurückverlangt.

Die Redaktion der „Neuen Zeitung“ in Jena hat erklärt, daß sie sachlich auf dem Boden der Anhänger der alten Unabhängigen Partei steht und die Zeitung in diesem Sinne leiten wird, bis der Kopf der Zeitung endgültig entschieden ist. Da aber auch die Neukommunisten die Veröffentlichung der Aufrufe ihrer Richtung beansprucht, hat sich die Redaktion bereit erklärt, dieser Forderung ein für allemal zu entsprechen.

Das nunmehr neukommunistische „Halle'sche Volksblatt“ wendet sich in einem Aufruf mit besonderer Schärfe gegen die „Leipziger Volkszeitung“. Nachdem das Volksblatt erklärt, daß sich die Minderheit schließlich noch als U. S. V. bezeichnen, fordert das Blatt die Leipziger Genossen zum Abonnement des „Halle'schen Volksblattes“ auf, das von jetzt ab einen Teil seines Raumes für Leipziger Meldungen zur Verfügung stellen wird. Der Aufruf schließt: „Die Leipziger Volkszeitung“ hat schon während des Ringens um Klarheit mit den niedrigsten Mitteln der Verleumdung und Lüge gekämpft. Sie hat über die Verurteilungen in Halle in schamlosester Weise entstellte und lägenhafte Berichte gebracht und ist offen in das Lager der Parteifeinde übergegangen.“

Man sieht, der Ton nähert sich mit Anerkennungswürdiger Beschleunigung der kommunistischen Terminologie.

Der französische Parteilager. Der Parteilager der französischen Sozialisten ist auf den 25. Dezember verschoben worden.

China und Sowjetrußland. In Moskau ist eine chinesische Mission eingetroffen.

Aus der deutschen Republik

Das neue Handbuch des deutschen Reichstages ist erschienen. Darin befindet sich auch die Geschäftsordnung des Reichstages, übernommen vom letzten Reichstag, geändert von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 27. Februar 1919, von der jetzigen Reichstag übernommen in seiner ersten Sitzung am 21. Juni 1920. Seite 120 steht der § 12 der Geschäftsordnung, der lautet: „Die Konstituierung des Reichstages und das Ergebnis der Wahlen wird durch den Präsidenten dem Kaiser angezeigt.“

Ob Herr Ebe dieser Pflicht nachgekommen ist, oder ob nur ein Witzbold von Seyer den Scherz angefüllt hat?

Vor dem Ende

Der von uns bereits erwähnte Aufruf der Neukommunisten an die deutschen Arbeiter wird jetzt im Vorlaut in der kommunistischen Presse abgedruckt. Er enthält eigentlich nichts, was irgendwie bemerkenswert ist. Es verrät aber recht deutlich den jugendlichen Verfall, den mehr der Eifer als Kenntnisse und Fähigkeiten auszeichnen. Von diesem Aufruf wird deshalb wohl kaum eine Wirkung auf die deutschen Arbeiter ausgehen.

Bemerkenswert ist nur die folgende Stelle: „Die Bahn ist frei zu einer großen, von einem Geiste, einem Willen, einem Handeln erfüllten revolutionären Massenpartei in Deutschland. Der Zusammenschluß der revolutionären Kämpfer des Proletariats in eine gewaltige, kommunistische Massenpartei in Deutschland steht unmittelbar bevor.“

Diese Hoffnung dürfte kaum in Erfüllung gehen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei war bisher die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats und wird es auch später bleiben. Die kommunistische Partei wird an dem Zuwachs, mit dem sie jetzt eine einzige kommunistische Partei herstellen will, nicht gesunden. Im übrigen verzeichnen wir mit Interesse, daß der Zusammenschluß des abgeplättelten Teils der U. S. V. mit der kommunistischen Partei unmittelbar bevorsteht. Auch das ist ein Beweis dafür, daß wir allein, die wir auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen, und in der jetzigen Organisation der U. S. V. verblieben sind, die Unabhängige Sozialdemokratie darstellen.

Die Front der Kopf- und Handarbeiter für die Sozialisierung gegen die Spaltung

In Erfurt tagte am Sonntag der Gau des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Gau Mitteldeutschland. In einer großen Mitgliederversammlung des Bundes sprach aus diesem Anlaß Architekt Kaufmann, Mitglied der Sozialisierungs-Kommission, über die Stellung der Gewerkschaften zur Sozialisierung. Die Gewerkschaften seien heute eine Großmacht geworden, die weit über den Rahmen der Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus berufen sei, durch ihre internationalen Organisation bei der Neuordnung der Welt und den wirtschaftlichen Wiederaufbau entscheidend mitzuwirken. Der Redner forderte die Angestelltenverbände zu schließen, die sich in Erkenntnis der Klassenlage der Kopfarbeiter mit den freien Gewerkschaften der Handarbeiter in enger, organisatorischer Verbindung zusammenfinden, um den Austausch zwischen Kapital und Arbeit erfolgreich zu betreiben. Den Vertretern der kommunistischen Internationale in Moskau, die die Gewerkschaften von innen heraus zu zersprengen versucht, wie die Zersplitterungsarbeit der „christlichen“ oder „liberalen“ Ausgewerkschaften, die noch in den alten harmonischen Verbänden vereinigt sind, muß der erste Wille zum einigen Zusammenwirken aller Hand- und Kopfarbeiter gegenübergestellt werden, wie er auf dem Betriebsräte-Kongress in Berlin zum Ausdruck kam.

Der Bankrott der österreichischen Kommunisten

Wir erwähnten schon gestern, im Zusammenhang mit den Ergebnissen der österreichischen Wahlen, das Eingeständnis der Wiener „Roten Röhre“, daß die Kommunisten bei den Wahlen eine eklatante Niederlage erlitten haben. Eine Drahtmeldung der „Voss. Zig.“ gibt dieses Eingeständnis ausführlich wieder. Es heißt darin:

„Die österreichische Arbeiterklasse lehnt den Kommunismus ab — das ist der Sinn der Wahlen. Uns erscheint nötig, unsere Niederlage nicht zu beschönigen, sondern sie in ihrer ganzen Größe zu erkennen, und es muß festgestellt werden, daß die Wähler sich doch nicht alles sagen. Daß wir in ganz Österreich nur 27 000 Stimmen bekommen haben, ist schlimm. Aber viel schlimmer ist das Stimmenverhältnis zwischen unserer Wählerzahl und unserer Mitgliederzahl, da weniger kommunistische Stimmen abgegeben worden sind, als unsere Betriebsgruppen Mitglieder haben. Ein nicht unbeträchtlicher Teil unserer Mitglieder hat sozialdemokratisch gewählt. Der Ausgang der Wahlen beweist, daß die österreichische Arbeiterklasse ein ungeheures Ruhebedürfnis hat. Die ungeheure Mehrheit des österreichischen Proletariats ist im Inneren reformistisch gestimmt.“

Diese Anmerkungen des Zentralorgans der österreichischen kommunistischen Partei bedeuten das Eingeständnis des völligen Bankrotts der Partei, zu dessen Beschönigung zum Schluß die Phrase über die „reformistische Gesinnung“ der österreichischen Arbeiterklasse herhalten muß. Die große Mehrheit des österreichischen Proletariats ist ebensoviele wie das deutsche Proletariat „reformistisch“ gestimmt. Sie hat aber — früher als in Deutschland — die Hohlheit und Schablonenhaftigkeit der kommunistischen Phrasenreden und Katastrophenvollzüge erkannt, und deshalb haben selbst Mitglieder der kommunistischen Partei in beträchtlicher Anzahl sozialdemokratisch gewählt.

Der Bankrott der österreichischen Kommunisten wirft ein berechtigtes Licht auch auf ihren früheren Beschluß, an den Wahlen keinen Anteil zu nehmen. Der Bankrottsbeschluß sollte ihnen die Möglichkeit geben, ihre völlige Schwäche zu verhehlen und ihre Verzweiflung und Unfähigkeit mit tönenben Phrasen zu verdecken. Aber der Moskauer Befehl, unbedingt an den Wahlen teilzunehmen, hat diese Komödie vereitelt und die Bedeutungslosigkeit der österreichischen Kommunisten vor aller Welt festgestellt.

Ob diese Lehre fruchten wird, ist zweifelhaft. Nach wie vor werden auch die österreichischen Kommunisten mit revolutionären Redensarten hinter der Weltgeschichte herlaufen und jeden Tag neue Parolen an das Proletariat ausgeben, das sie heute — im Uraer über ihre Wahlniederlage — als „im Inneren reformistisch“ beschimpft.

Die belgische Gesamtbevölkerung. Dem Brüsseler Amtsblatt zufolge betrug die Gesamtbevölkerung des Königreichs Ende Dezember 1919 7 575 027 Seelen. Für das Jahr 1919 ergibt sich ein Bevölkerungszuwachs von 23 880 Seelen.

Stimmen der Parteipresse

„Volkszeitung“, Plauen (Vogtl.)

Moskau hat seinen Triumph. Die deutsche U. S. V. ist zerfallen. Die 21 Bedingungen für den Eintritt in die kommunistische Internationale haben den Zweck erreicht, für den sie bestimmt waren. Die K. P. D., trotz ihres Reichtums und Spektakels, trotz ihrer pompösen und ordinärsten Methoden der Agitation nie mehr als eine Sekte, wird jetzt mit einem Teil der U. S. V.-Massen aufgefüllt werden können. Dr. Levi und seine Hintermänner können in dieser Dankbarkeit zu ihren Herren in Moskau ausbilden. Die Fahnen der deutschen Revolution aber wehen auf Halbmaß.

Und doch liegt in der Tragik dieser Stunden auch etwas erhebendes und zukunftsreiches. Denn daß die U. S. V. sich nicht willenlos dem Nachbegehren und den Phantasieforderungen der russischen Kommunisten beugte, daß sie lieber in zwei Teile aufschlitt, als sich Grundfragen zu unterwerfen, die der deutschen Arbeiterbewegung wesensfremd und für Deutschland unmöglich sind, das ist das Große, worauf die Hoffnung baut. Die Spaltung zeigt, daß unsere Massenpartei durchaus nicht nur ein Haufen zusammengelaufener unklarer Menschen war, die ihrer Not und ihrer Erbitterung über die Zustände im fauligen kapitalistischen Staat möglichst lauten Ausdruck geben wollten. In der U. S. V. hat sich auch eine nach Hunderttausenden zählende Menge geachteter Sozialisten zusammengesunden, die revolutionäre Energie und revolutionären Willen mit sozialistischer Erkenntnis der ökonomischen und politischen Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten gleichmäßig verbinden. Dieser Teil der Partei hat sich mit Kraft und Elastizität dem seit Jahren betriebenen Versuch entgegenzusetzen, das Steuer der deutschen Revolution fremden, der Kontrolle der deutschen Arbeiter nahezu völlig entzogenen Händen anzuvertrauen. Dieser Teil hat nicht geduldet, daß die Dinge in der deutschen Revolution mit der russisch-bolschewistischen U. S. V. gemessen und die Formen der Umwälzung im agrarischen Rußland apokryphisch auf das völlig anders geartete Mittel- und Westeuropa übertragen werden. Dieser Teil hat verstanden, daß in Deutschland die Arbeiterbewegung in jene Schranken gepreßt wird, die vor fünfzig Jahren wohl von wirren Schatzkammern gepriesen, von der Arbeiterklasse aber, die ein kaltes Johndorn auf der Hand von Marx und Engels durch die Geschichte gegangen ist, als für Deutschland unmöglich abgelehnt werden muß. Mit einem Wort: dieser Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat die Grundzüge des marxistisch orientierten revolutionären Sozialismus verteidigt gegen die heranrollende Flut politischer Modetheorien, in denen ungeschulte, leidende und verzweifelte Massen zu ertrinken drohen.

Die Lage des deutschen Proletariats wäre auf Jahre hinaus hoffnungslos, wenn die politische Ideologie des Moskauer Exekutivkomitees über die gesamte U. S. V. gesetzt hätte. Damit wäre die deutsche sozialistische Revolution unweigerlich schwersten Rückschlägen und dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse katastrophalen Niederlagen entgegengegangen. Diese Gefahr ist abgemindert. Es ist der raffinierten Stimmungsmache des Exekutivkomitees nur gelungen, einen Teil der U. S. V. der kommunistischen Politik dienstbar zu machen. Und zwar ist das vornehmlich der Teil, der aus Gemütsstörungen und Gefühlstrübungen heraus, angezogen durch die Not und aufgereizt durch die Revolution zur U. S. V. gekommen war. Die Arbeiter aber, die nicht nur aus Gefühl, sondern auch aus Erkenntnis Sozialisten sind, sie haben in ihrer ererbenden Mehrheit die Unterwerfung abgelehnt.

Diese Tatsache ist eine mächtige Säule unserer Zukunftshoffnungen. Stimmungen können und gehen wie wandelnde Schatten. Aber Wissen und Erkenntnis sind ewige Grundlagen des proletarischen Kampfes. Und auf diese Grundlagen hat sich die U. S. V. D. gestellt, nachdem der andere Teil die Heilelehren der bolschewistischen Politik angenommen hatte. So trauenhaft, so qualvoll und entsetzlich der Kampf in der U. S. V. D. auch war, er ist nicht mit dem Tode der U. S. V. D. beendet worden. Aus dem wirrenden Chaos ist die U. S. V. D. herausgekommen, äußerlich kleiner, zahlenmäßig schwächer, aber endlich im Besitze innerer Geschlossenheit und damit im Besitze geläuterter Kraft. Es hat seinen Sinn, jetzt noch viel zu sagen über die Tatsache der Spaltung, seinen Sinn noch, sich die Haare zu rauen über die damit verursachte Störung der Revolution. Es ist nun einmal so, daß dem deutschen Proletariat nichts gelohnt wird auf seinem Golgatha zum Vort. Es ist Ironie des Schicksals, daß das deutsche Proletariat in seinen Fieberzuständen selber bald hier, bald dort in die Irre geht und dann erst durch verzögerte Leiden und verstärktes Hoanachen seiner Gegner auf den Jertum aufmerksam wird. Durch die Politik der Däumige und der anderen Feldweiser der Moskauer Generale werden sehr bald die Arbeiter jener Richtung ernüchert werden. Die Däumige, die nicht rasch genug zur K. P. D. kommen konnten, nicht laut genug die den unklaren an die K. P. D. beschließenden Bedingungen sind, können und jetzt zu ganz materiellen Zwecken und zur Zersplitterung ein paar Tage oder Wochen nach den ihnen verhängten Kamen führen möchten, — sie werden der übernommenen Rolle nicht froh werden. Es werden an den Wegen ihrer Politik leuchtend gebrochene proletarische Kraft und zwecklos vergebliches Proletariat leben, vergeudet bei der Ausführung von Aktionen, die von fremder Stelle befohlen wird. Sie werden aus der von fremder Stelle beschlossenen Parteierziehung, dieser Tat des Wahnsinns und des Verbrechens, keine Triumphe ihrer Richtung erwachen sehen. Sie werden den Niederbruch ihrer Politik erleben. Dieser Niederbruch wird sie selber erschlagen. Aus ihrem politischen Grade aber wird — trotz allem und allem, was wir heute an Tieftraurigkeit sehen — die Einheit der revolutionären Bewegung erwachen. Und diese Einheit wird stehen auf dem Fundament des wissenschaftlichen revolutionären Sozialismus. Die Partei, die dieses Fundament darstellt, ist und bleibt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Die Rolle des Betriebsrätezentrale. Zu unserer Notiz „Die Rolle des Betriebsrätezentrale“ in Nr. 412 unseres Blattes teilt uns Genosse Hildesheim mit, daß nicht die Bureaukratie des Betriebsrätezentrale Rüststoffe für die Zwecke der neukommunistischen Partei hergegeben worden sind, sondern im gleichen Hause gelagerte Räume, deren Welter Däumig und Genex sind. Wir geben dieser Erklärung gern Raum, bemerken indes, daß das Bureau der Neukommunisten von Potsdam 4 durch Zirkular ihren Anhängern mitteilte, daß Zirkulare für den stellvertretenden Sekretär Kollhoff an die Betriebsrätezentrale zu richten seien. Unsere Schuld ist es also nicht, wenn der Jertum auskommen konnte.

Frankisches Kriegesgericht. Das Kriegesgericht der französischen Rheinarmee verurteilte die beiden Soldaten der Besatzungsarmee Tromain und Soim, die laut „Echo du Rhin“ während 6 Monate den Schrecken von Wiesbaden und Umgebung bildeten, zur Degradation und lebenslänglichen Zwangsarbeit. Sie hatten in der Dunkelheit eine Anzahl von Passanten mit vorgehaltenen Revolvern und Seitengewehren bedroht und ausgeraubt. Das Gericht hob hervor, daß solche Akten eine Schande für die französische Armee seien und mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden müssen.

Die Opfer des Bürgerkriegs in Irland. Im englischen Unterhaus sagte Hamar Greenwood in Erwiderung auf eine Anfrage, seit dem 1. Januar seien 100 Politiker und 18 Militärs in Irland getötet, 100 Politiker und 60 Militärs verwundet worden. Er könne nicht mitteilen, welche Schritte die Regierung gegen diesen Mordbefehl zu unternehmen gedenke. Er könne dem Hause lediglich die Versicherung geben, daß die Regierung die zum Schutze der Staatsdiener zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessere.

Englische Panthruer verhaftet. „Telegraph“ meldet aus London: Die englische Postkammerin Miss Panthruer wurde gestern wegen Verleumdung und Verbreitung aufreizender Schriften in London verhaftet. Sie war vor einigen Wochen aus Warschau zurückgekehrt. Lenin nennt sie in einem Schreiben an die englischen Arbeiter die einzig wirkliche Vertreterin des englischen Proletariats.

Deutscher Reichstag

Mittwoch, den 20. Oktober 1920.

Die Ausweisung Sinowjews und Losowskys

Auf der Tagesordnung steht ein scheinbarer Antrag des Abg. Werth (U. Soz.) betr. die Ausweisung Sinowjews und Losowskys. Der Antrag fordert den Reichstag auf, gegen die Ausweisung der beiden Russen Protest zu erheben und die Reichsregierung zu ersuchen, für sofortige Aufhebung dieser Ausweisungserlasse und für die Befreiung der Betroffenen Sorge zu tragen, auf Grund deren Ausländer als „lästig“ ausgewiesen werden können.

Genosse Rosenfeld

begründet den Antrag. Wieder sind zwei Ausländer aus lächerlichen Gründen ausgewiesen worden. Das erinnert an die Ausweisungen unter Bismarck in den achtziger Jahren, an die Ausweisungen der Schneider und Berschawer unter Bismarck, an die Ausweisung des Franzosen Jaurès. Wenn einem Politisten die Nase eines Ausländers nicht gefällt, so kann er den Mann ohne weiteres als lästig ausweisen. Die Ausweisung des russischen Bolschewiken Toffe hat bewiesen, daß diese Praxis schwerwiegende Folgen haben kann. Ohne sie würden wir jetzt mit Rußland in den besten Beziehungen leben. Schon im Jahre 1906 wurde im Reichstage verlangt, daß Ausweisungen nur auf Grund von Gerichtsurteilen zulässig sein sollen. Diesen Antrag haben sogar Heinze und Kasse unterschrieben.

1918 war die ganze Sozialdemokratie in dieser Frage einig. Leider scheiterte die Sache am Widerstand der bürgerlichen Parteien. Ausländer sind nach wie vor der Willkür der Polizei ausgesetzt. Wir werden uns bemühen, das abzuschaffen (Lachen rechts). England verhandelt einer gerechten Behandlung der Ausländer den Ruf eines Kulturstates. Ich wünschte, daß Deutschland den gleichen Ruf genieße. Aber bei uns haben nur Reaktionskräfte das Wort:

politische Spitzel dürfen sich ungehindert hier aufhalten.

Veranlassung zu unserem Antrage war die empörende Behandlung Sinowjews und Losowskys. Sinowjew ist ohne jede Bedingung gestrichelt worden, an unserm Parteitag teilzunehmen. Sein Verhalten war doch so, wie es jeder Politiker voraussehen konnte. Nun ist es doch eigentlich eine preußische Angelegenheit, aber die Reichsregierung bleibt allein verantwortlich. Losowsky hat seine Verpflichtungen gehalten, aber die Regierung hat ihn nicht gehalten. Auch daß die Regierung keine Gründe für die Ausweisung angegeben hat, entspricht dem alten Volksgelübde. Sie (nach rechts) haben nichts eingewandt, als deutschsprachige Agitatoren von hier in den österreichischen Wahlkampf einzulassen. Auch die Art der Durchführung des Wahlkampfes fordert zum Protest heraus. Sinowjew und Losowsky sind jeden Augenblick von Polizeibeamten umgeben. Man höre doch endlich auf, eine geistige Bewegung mit Gewaltmaßnahmen bekämpfen zu wollen. (Gelächter.) Ein neuer Geist muß endlich seinen Einzug in Deutschland halten. (Stürmische ironische Zustimmung rechts.) Die deutschen Arbeiter werden sich aber nicht beirren lassen, ihren Weg, den ihnen die Entwicklung vorschreibt, weiterzugehen. (Beifall bei den U. Soz.)

Minister des Innern Simons: Am 30. August kam eine Anmeldung von drei russischen Gewerkschaftsführern. Diesen dreien wurde die Einreise erlaubt und ein Aufenthalt von vier Wochen bewilligt. Dann kam unerwarteterweise von Christiania aus das Ersuchen, weitere 11 Personen zur Einreise in Deutschland zuzulassen. Auf Verwendung deutscher Gewerkschaftsvertreter wurden dann vier weitere Russen zugelassen. Dann erschienen die zu gelassenen am 10. September in Hamburg, brachten aber gleichzeitig die große Gesellschaft mit, auch die, denen die Einreise nicht erlaubt war. (Hört! hört!) Vom Kabinett war ausdrücklich beschlossen worden, daß eine politische Betätigung und Teilnahme an Märschen der Herren, namentlich Losowsky, nicht gehalten. Losowsky hat an verschiedenen Orten politische Reden gehalten, so daß ich mich genötigt sah, Herrn Losowsky eine Warnung zukommen zu lassen. Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wurde zugestanden, bis die italienische Regierung geantwortet hatte, Losowsky sollte in Berlin den Besuch abwarten. Statt dessen ist er nach Halle gegangen und hat die ihm auferlegte Bedingung rückstillschuldig außer Acht gelassen. Deswegen haben beide hochpolitische Reden gehalten. Als dann die Nachricht der italienischen Regierung kam, daß die Einreise nach Italien nicht gestattet würde, lag kein Grund mehr vor, der Hinzukommen Sinowjews zu bereiten. (Heiterkeit.) Nach Kenntnisnahme des Auftrages zu verhindern und einen entsprechenden Antrag an den preussischen Minister des Innern zu richten. Die Ausweisung soll daher am 23. Oktober erfolgen. Es ist nicht richtig, daß die beiden Herren ohnehin schon an diesem Tage abreisen wollten. Sie haben beantragt, die Aufenthaltserlaubnis bis zum 1. November anzusuchen, weil sie noch lange nicht fertig wären. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Die ganze Angelegenheit ist zweifellos eine harte Selbstaussage für unser Verhältnis zu Rußland. Das darf aber nicht maßgebend sein. Der Minister verliest Auszüge aus der Rede Sinowjews in Halle, in der er die Anwendung des Terrorismus verteidigt. Solche Anschuldigungen dürfen nicht fortgesetzt werden. Das russische Volk ist in Deutschland außerordentlich populär. Es steht auch fest, daß wir nur wieder hochkommen können nicht gegen das russische Volk, sondern mit dem russischen Volk. Dieser Glaube wird durch diese letzten Ereignisse nicht aus den Angeln gehoben. Es wird dahin führen, was auch für eine Regierung in Rußland sein mag, daß das deutsche Volk und das russische Volk sich finden werden. (Beifall bei den U. Soz.)

Genosse (Soz.): Für uns handelt es sich um den zweiten Teil des Antrages, der die Befreiung der Geiselschiffung verlangt, auf Grund deren Ausländer als „lästig“ ausgewiesen werden können. Wir brauchen einen genauen Entwurf, der eine präzisere Fassung erhält. Das hat die Sozialdemokratie, wie Abg. Rosenfeld bereits betont, schon immer verlangt. Die neue Fassung muß aber bestimmte Garantien für die Sicherheit der Ausländer enthalten. Deutschland muß nach unserer Meinung ein Ziel für Verfolgung und Unterdrückung werden, ähnlich, wie die Vereinigten Staaten. Das trifft aber hier nicht zu, denn die hier genannten Personen sind selbst Verfolger und Unterdrücker. (Beifall bei den U. Soz.)

Wulle (D. U.): Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hält die Ausweisung dieser beiden russischen Verbrenner für eine selbstverständliche Pflicht der Regierung. Die ganze Handhabung der Ausweisung wirft ein berechtigendes Licht auf unsere jetzigen Zustände. Tausende von russischen Agenten treiben sich in Deutschland umher und heizen die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten auf. Wir verlangen, daß mit aller Energie vorgegangen wird. Wir brauchen keine russischen Juden bei uns.

Abg. Dr. Weß (Zent.): Wir müssen die ganze Angelegenheit ruhig und sachlich behandeln. Die deutsche Regierung hat sich und weiß gehandelt, als sie nach Rücksprache mit deutschen Arbeitervertretern die Einreiseerlaubnis erteilte. Die Bedingungen waren genau abgegrenzt. Die Russen haben aber die ihnen erteilte Erlaubnis mißbraucht. Zur Annahme des Antrages liegt gar kein Bedürfnis vor.

Abg. Dr. Mareßky (D. U. P.): Wir verlangen, daß die Regierung das Auftreten Sinowjews aufhebt als das, was es tatsächlich ist: eine Kampfsache an die bürgerliche Weltanschauung, an unsern Staat, und als die Drohung, die kommunistische Revolution in allerhöchster Zeit durchzuführen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie die bestehenden Gesetze, wie sie nach Ansicht aller Juristen auszuliegen sind, auch anwenden gegen die Agitatoren einer künftigen Revolution. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Roosen (U. Soz. links): Wir begrüßen den Präsidenten des Exekutivkomitees als den Führer der Weltrevolution heute und weiterhin (Heiterkeit). Wir wissen, daß der Mann, der als Führer der russischen Revolutionsarbeiten auch auf unserem Parteitag die richtigen Worte zur Kennzeichnung der Lage gefunden hat, ungewohnt geleitet hat zur Durchführung des Sozialismus. Sie und Ihre Generale haben noch viel mehr Totschlag auf dem Gewissen (Fortdauernde Zuruf: Schluß! Schluß! — Glocke des Präsidenten). Den Kapplien war (die weiteren Ausführungen des Redners gehen im Tumult unter. Die Abgeordneten der Rechten verlassen teilweise den Saal. Der Präsident bittet um Ruhe) Das formliche Recht kommt für uns im Gegensatz zu Rosenfeld wenig in Betracht. Für uns ist das Ganze eine politische Machtsache. Aber auch die Rechtslage gibt uns recht. Von der „Freiheit“ bis zu Herrn Wulle hat eine Hege gegen andere Genossen Sinowjew eingesetzt, die hat es der Regierung leicht gemacht, diese Ausweisung zu verfügen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Mareßky gegen Sinowjew Stellung nimmt, dann frage ich ihn, haben Sie während Ihrer Regierung den Arbeitern Wohnungen besorgt, ihnen freie Kranenbehandlung gewährt, ihnen Ehrentafeln umsonst gegeben, — unfähig waren sie und nennen jetzt die Leute, die es fertig gebracht haben, Blutbände. Wenn die wirkliche Revolution kommt, dann wird sie kein Kaffeeklatsch sein. Sie (zu den Mehrheitssozialisten) haben unter dem Namen Kasse im Bündnis mit Wiggerdissen von rechts den Kampf gegen die Arbeiterschaft geführt. (Dauernde Unruhe — Zuruf: Sie tragen die Schuld!) Die Regierung hat durchaus unrecht, der Antrag ist eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei den Kommunisten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Genosse Le ebour

Wir verlangen freies Recht für jedermann, auch für die Ausländer. Die propagandistische Kraft Sinowjews wird durch die Ausweisungen nicht gehindert. Mit Gewaltmaßnahmen kann man keine Bewegung töten. (Zuruf: Siehe Rußland!) Jawohl, auch der Bolschewismus steht diesem falschen Glauben, er ist Welt von ihrem Geiß. (Heiterkeit.) Wenn Herr Roosen mit Herrn Mareßky einmal abwechseln würde in der Anwendung terroristischer Methoden, dann würde er das gleiche Pflaster erleben wie dieser. Roosen hat es dargestellt, als ob Sinowjew gar kein richtiger Terrorist wäre, sondern nur Gelegenheitsterrorist. (Lachen.) So dumm, dies zu glauben, ist kein Mensch außer Ihrer Fraktion. (Schallende Heiterkeit.) Sinowjew ist nicht nur theoretischer Terrorist, sondern auch in der Praxis. Er gibt dies auch offen zu, nur die Neukommunisten fühlen sich in der ter. oristischen Löwenhaut noch nicht ganz sicher und blöten noch immer i-a, i-a. (Schallende Heiterkeit.) Je länger Sinowjew spricht und je länger wir Gelegenheit haben, diesem Terrorismus entgegenzutreten, um so eher wird die revolutionäre deutsche Arbeiterschaft erkennen, wie gefährlich die Politik ist, der Sinowjew sein Emporkommen verdankt. Sinowjew verfolgte auf unserm Parteitag die Taktik, 4 1/2 Stunden zu sprechen, um uns die Gelegenheit zu nehmen, darauf zu antworten. (Zuruf: Mal ahan: Er hat aber dieses gesagt!) Er hat vieles gesagt, was Sie in Ihrer Kabinett als unendlich wertvoll betrachten. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade die Frage des Terrors ist es, die uns ganz besonders scheidet von den Rechten, die unsere Partei verlassen haben. (Zuruf: umgekehrt!) Es ist lauter Jauber, wenn Sinowjew die Notwendigkeit des Terrors mit der primitiven Freilassung einer Generale beweisen will und auf eine solche Beweismethode sind die neuen Neukommunisten herein gefallen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Wir sind Sinowjew und Losowsky entgegengetreten, wo wir konnten, und folgen nur unseren Grundrissen, wenn wir sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

In einer persönlichen Bemerkung stellt der Kommunist Dr. Weß fest, daß Ledebour nicht die Gesichte seiner Partei, sondern die der antibolschewistischen Liga besorgt habe, wogegen Ledebour aufs schärfste protestiert.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf gegen die Kapitalflucht wird dem Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 27. Oktober, 1 Uhr: Interpellationen über die Dieselmotoren und über die Ergebnisse des Entwaffnungsgesetzes.

Die Extrawurst

Das Kartell der Verbände leitender Angestellter hat dem Reichsarbeitsministerium in einer ausführlichen Denkschrift zum neuen Angestelltenvertragsrecht die grundlegenden Wünsche und Forderungen der leitenden Angestellten dargelegt. Grundsätzlich wird in der Denkschrift gefordert, daß die tatsächlich bestehende Dreiteilung der Arbeitnehmer in Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte gesetzlich anzuerkennen und festzulegen ist, und daß demzufolge bei der Zusammenlegung all derjenigen Instanzen, die ausführend schließend und richtend bei der praktischen Verwaltung des Sozialrechtes beteiligt sind, auch die leitenden Angestellten so berücksichtigt werden müssen, daß ihr Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsrecht gegenüber den anderen Gruppen von Arbeitnehmern gewahrt wird.

Es folgen Einzelforderungen betreffend Tarifrecht, Betriebsräte, Schlichtungsordnung und Arbeitsgericht, mit denen wir angesichts der Belanglosigkeit der Gruppe, die diese Ansprüche erhebt, unseren Raum nicht füllen wollen. Uns interessieren nur die „Prinzipien“ dieser Forderungen, die treffend gekennzeichnet werden durch den Satz, daß sie ein Mitbestimmungsrecht und Selbstbestimmungsrecht „gegenüber den anderen Gruppen von Arbeitnehmern“ — nicht mit ihnen sondern. Sie müssen also noch mehr Stockprügel auf den Rücken bekommen, um zu erkennen, wozu sie gehören. Wir möchten den Herren aber sagen, daß sie sich auch nicht wundern dürfen, wenn bei Gelegenheit die anderen gewerkschaftlich organisierten Angestellten Stellung „gegenüber“ den leitenden Herren nehmen.

Segen ohne Ende

Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch A. G. in Dortmund erzielte nach der vorgelegten Bilanz in dem eben abgeschlossenen Geschäftsjahre einen Betriebsüberschuß von 5 1/2 gegen 8 Millionen Mark im Vorjahre. Der demnächst stattfindenden Generalversammlung werden 24 Proz. Dividende für das voll eingezahlte gewesene Aktienkapital vorgeschlagen.

Die Maschinenbau A. G. Solzern, Grimma schlägt eine Dividende von 20 Proz. und eine Sondervergütung von 10 Proz. vor. Zusammen also 30 Proz. Die Osabrücker Kupfer- und Drahtwerke verzeichnen für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Steigerung des Betriebsüberschusses von 900 000 Mark, im Vorjahre auf 2 1/2 Millionen Mark. Als Dividende wurden vorgeschlagen 15 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre.

Ferner liegen folgende Dividendenvorschläge vor: Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz 30 Proz. (1. U. 6 Proz.), Warenkommissionbank in Hamburg 30 Proz. (1. U. 10 Proz.), Neu-Wolwerk Pörsperle A. G. 30 Proz. (6 Proz.), Bergbau- und Hütten-A. G. Friedrichshütte 25 Proz. (25 Proz.), Schiffsbau- und Maschinenfabrik A. G. 25 Proz. (15 Proz.), Papierfabrik Reichholz A. G. 18 Proz. (11 Proz.), Stahlfabrik Chemische Fabrik vorm. Forster und Grünberg A. G. 30 Proz. (6 Proz.).

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Einladung zu dem am 8. November in Wien stattfindenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kampfanfrage der Betriebsrätezentrale an die Gewerkschaften

Die kommunistische Partei möchte gegenwärtig ohne Prüfung der Machverhältnisse und der Zweckmäßigkeit, unter allen Umständen Aktionen unternehmen, um der Arbeiterschaft einzureden, als ob von ihr allein Hilfe für das Proletariat erwartet werden könne. Für diese heuchlerische Aktion ist deshalb durchaus nicht bestimmend der Wille, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sondern nur der Wunsch nach „zugkräftigen Parolen“. Sie ist deshalb vor kurzem gemeinschaftlich mit der Betriebsrätezentrale an die gewerkschaftlichen Organisationen und die politischen Parteien zur Einleitung einer Aktion in der Arbeitslosenfrage herangetreten.

In einer Vorlesung, an der zunächst nur die örtlichen Vertretungen der Gewerkschaften und Parteien teilnahmen, wurde von den Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission die Anschauung geäußert, es sei zweckmäßig, auch die zentralen Körperschaften hinzuzuziehen, da doch die Arbeitslosenfrage keine lokale Angelegenheit sei, sondern einheitlich über das gesamte Reich geregelt werden müsse. Es kam daraufhin eine neue Sitzung zustande, in der aber mit Ausnahme der Zentrale der A. P. D. sämtliche Spitzenverbände fehlten.

Trotzdem erklärte der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission seine Bereitwilligkeit, an einer Aktion für die Arbeitslosen teilzunehmen. Es sei aber notwendig, konkrete Forderungen aufzustellen, um der großen Verleumdung der Arbeitslosen entgegenzuwirken. Die Arbeitslosen könnten nicht warten, bis das Proletariat die politische Macht erobert habe. Man müsse deshalb zunächst die Forderung stellen, daß den Arbeitslosen Lebensmittel und Kleidung zur Verfügung gestellt werden müßten. Eine Zeit nach dem Wunsche der A. P. D. eingefelderte Aktion würde zu einer furchtbaren Niederlage für die Arbeiterschaft führen. Denn selbst ein 24 stündiger Demonstrationstreik könne bei der jetzigen wirtschaftlichen Situation leicht unabsehbare Folgen haben. Die Vertreter der U. S. P. äußerten dieselbe Ansicht.

Darauf schlug Brandler von der A. P. D. vor, die Berliner Gewerkschaftskommission und die U. S. P. D. hätten sich aus der Sitzung zu entfernen (1). Von dem Vorsitzenden der Betriebsrätezentrale, Paul Neumann, wurde dieses Verlangen unterstützt, worauf die Vertreter der Gewerkschaftskommission und der U. S. P. D. die Sitzung verlassen mußten. In halber Eintracht blieben zusammen die A. P. D., die Zentrale der Betriebsräte, die A. U. P. D., sowie die Vertreter der Betriebsorganisationen.

Diese Vorgänge sind bezeichnend für die Auffassung der Betriebsrätezentrale. Sie arbeiten lieber mit den sozialistischen Betriebsorganisationen zusammen als mit den Vertretern der freien Gewerkschaften. Diese wollen selbstverständlich alles tun, was in ihrer Macht liegt, um die trostlose Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber sie haben zugleich die Pflicht, Handlungen zu vermeiden, die notwendigerweise zu Niederlagen der Arbeiterschaft führen müssen. Auf solche Handlungen wartet ja die Reaktion nur, und es ist deshalb unverantwortlich, wenn ihr in die Hände gearbeitet wird, wie das durch die Spaltung der Arbeiterschaft bereits geschehen ist.

Deshalb darf sich die Arbeiterschaft nicht zu unüberlegten Schritten verleiten lassen. Schon agitierten unverantwortliche Elemente für einen Generalstreik, der am Montag zu beginnen hätte. Das dürfte ja auch der Betriebsrätezentrale aus Nachrichten, die sie am letzten Sonnabend erhalten hat, nicht unbekannt sein. Deshalb fordern wir die Arbeiterschaft nochmals auf, nur solchen Weisungen zu folgen, die von den verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen herausgegeben werden.

Aus der Partei

Schweinfurt

Eine merkliche Abkühlung scheint sich bei den Genossen im Lande in bezug auf die kritische Unterwerfung unter die Moskauer Diktatur zu vollziehen.

Die Reden Sinowjews und Losowskys bewirken das gerade Gegenteil von dem, was sich unsere unbedingten Moskaueranhänger versprochen. Selbst aus Parteiorienten, in denen vor dem Parteitag die Stimmung stark für bedingungslosen Anschluß war, kommen jetzt Nachrichten, daß die Zahl der sich offen zur Resolution Däumig-Stoedter Bekennenden, stark zusammengeschrunzt ist.

So wird uns aus Schweinfurt geschrieben, daß in einer stark besuchten Mitgliederversammlung sich nur ein knappes Duzend für die 21 Bedingungen entschied. Dem Genossen Soldmann, der auf dem Parteitag gegen die Resolution Däumig-Stoedter gestimmt hat, wurde gegen neun Stimmen wegen seines Verhaltens das Vertrauen ausgesprochen, und selbst der Delegierte der Gegenpartei, der Korreferent Baumgärtner, erklärte, man möge doch diese Resolution zurückziehen, denn niemand denke daran, dem Genossen Soldmann das Vertrauen zu entziehen.

Trotzdem konnten diese wenigen Stimmen nur um deswillen erreicht werden, weil von den Anhängern der Resolution Däumig-Stoedter immer wieder erklärt ward, daß dies noch lange nicht bedeute, Kommunist zu werden. Ja ein Teil erklärte ganz offen, daß sie mit den bisherigen Kommunisten nichts gemein haben wollen.

Das läßt auch begreiflich erscheinen, weshalb man noch immer als U. S. P. D. gelten will. Ein offenes Parteibekennen würde noch größere Genossentreue loslösen machen.

Sonderbare Zumutungen

Im Bezirk Halle-Merseburg machen die Neukommunisten „ganze Arbeit“. Sie haben sich nicht damit begnügt, die Genossen Hennig und Bod aus der Redaktion des „Volkblatt“ zu vertreiben und die Parteifunktionäre gewalttätig an sich zu reißen, sondern sie wollen jetzt auch die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die nicht nach der Moskauer Weise tanzen, von ihren Mandaten entbinden. Die Genossen Kunert, Renbe, Saube, Kürbs, Anna Häbler haben auf dem Bezirksparteitag der Neukommunisten in Halle ein „Vertrauensvotum“ erhalten. Einige neukommunistische Parteianhänger sind für würdig befunden worden, ihre Nachfolger zu werden. Wir wünschen diesen Querforen eine lange Geduld. Denn unsere Genossen im Halleischen Bezirk haben keine Veranlassung, auf Befehl einer anderen Partei ihre Mandate niederzulegen. Sie sind als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und auf das Vertrauen ihrer Parteiorgane gewirkt worden, dessen sie sich vor den Vertretern ihrer Parteigenossen und Innern deshalb ihre Mandate einer anderen Partei nicht zur Verfügung stellen.

Der Spruch des Volkskammerrates. Der Präsident der Kommission zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenzen, General Duppont, hat in einer an die deutsche Delegation gerichteten Note darauf hingewiesen, daß entgegen den Weisungen der Volkskammerkonferenz vom 15. August und 1. Oktober d. J. die drei Gemeinden Klein-Lobenstein, Klein-Kappern und Groß-Klein des Ostoberschlesien der polnischen Regierung bisher nicht übergeben worden seien. Die Räumung durch die deutsche Verwaltung ist nunmehr auf den 31. Oktober d. J. 11 Uhr vormittags, festgesetzt.

Die bulgarischen „wetterigen“ Sozialisten gegen Moskau. Der in Sofia tagende Kongress der bulgarischen Sozialisten hat mit 100 gegen 21 Stimmen die 21 Moskauer Thesen abgelehnt.

Gegen das Muckertum

Preussische Landesversammlung

Mittwoch, den 20. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der großen Anfrage der Deutschnationalen über die Wahl Dr. Löwensteins zum Stadtschulrat von Groß-Berlin.

Abg. Ritter (D.Nat.): Wir können es nicht billigen, daß ein Jude in die Erziehung deutscher Kinder anvertraut wird. Wir wehren uns dagegen, daß eine Million deutscher Kinder einem Manne ausgeliefert wird, der seelisch ganz anders gebaut ist. (Lärm bei den U.Soz.) Wäre es die Regierung auf eine Wachtprobe ankommen — aber sie drückt sich ja, wie die leeren Bänke zeigen! — so wird sie auf eine geschlossene Front treten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Bräuner (Soz.): Man sollte nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. (Stürmisches Gelächter.) Daß Löwenstein Jude ist, sollte für die Konservativen kein Anlaß zum Einbruch sein. Der Jude Stahl war der Begründer der Konservativen Partei. Gomenicus, Pestalozzi und Salzmann waren keine Fachleute und sind doch hervorragende Pädagogen gewesen, wenn ich auch Löwenstein mit ihnen nicht in einem Atem nennen will.

Abg. Heß (Zit.): Uns stört an Löwenstein, daß er ein jüdischer Late ist. (Unruhe bei den U.Soz.) Glauben Sie, daß beispielsweise an die Spitze des Bildungswesens in einem zionistischen Staate ein Christ gestellt werden könnte? (Große Heiterkeit.) Die Unabhängigen machen nicht freie Bahn dem Tüchtigen, sondern dem Unabhängigen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dominicus (Dem.): Dr. Löwensteins Schulideal läßt sich nicht verwirklichen. Durch seine Wahl kann nur der Antisemitismus neue Nahrung erhalten. Daß die Regierung bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht erscheint, entspricht nicht der Würde der Landesversammlung. (Lebhafte Zustimmung bei den Dem.) Wir hoffen, daß die Stadtverordnetenversammlung, nachdem jetzt die Novelle in Kraft getreten ist, die Sache noch einmal ruhig und sachlich überlegt. Vielleicht kommt sie dann zu einer Änderung. (Beifall.)

Abg. Hoffmann (D. Sp.): Daß den Lehrern ein Mitbestimmungsrecht bei der Lösung des Falles Löwenstein eingeräumt werden muß, ist wohl völlig klar. Die Groß-Berliner Lehrerschaft ist aber gegen Löwenstein. Die Staatsregierung sollte das wohl beachten.

Genosse Leid

In dem Kampf um Löwenstein sind schon alle Register gezogen worden, und ich sehe gar keine Möglichkeit, daß jetzt noch eine neue Melodie angestimmt werden kann. Charakteristisch ist, daß gestern im Reichstag eine Anfrage die gleiche Sache behandelte, und hier in diesem Hause ist es wiederum ein Abgeordneter derselben Partei, der deutschnationalen Partei, die sich um die Bestätigung Löwensteins den Kopf zerbricht, der einen Vorstoß macht, um diese Bestätigung zu verhindern. In beiden Fällen sind die Abgeordneten, Herr Wumm und Herr Ritter, christliche Pastoren. Diese Tatsache allein kennzeichnet schon von vornherein den ganzen Charakter dieser Debatte gegen Löwenstein: Es ist nichts anderes,

als der Kampf des Aumeriums gegen eine freie Weltanschauung.

(Sehr wahr! bei den U.S., Widerspruch rechts.) Der Vorstoß in diesen beiden Parlamenten zeigt uns auch, wie weit es mit dem Wesen unserer Selbstverwaltung her ist. Wir sprechen sowohl von Selbstverwaltung, und wenn in dem einen oder anderen Fall der Bürgerlichen Klasse die Ausübung der Selbstverwaltung nicht in den Raum paßt, dann läuft sie Sturm dagegen, dann will sie sofort am liebsten neue Ausnahmemaße haben.

Wir haben heute gehört, daß zunächst Löwenstein persönlich angegriffen wurde. Es wurde von dem Abgeordneten Dr. Heß, und auch von dem Abgeordneten Dr. Ritter, gesagt, daß Herr Löwenstein nicht genug Takt gehabt hätte, sonst würde er schon längst freiwillig von diesem Posten zurückgetreten sein. Solange Löwenstein von seiner Partei auf einen bestimmten Posten gestellt ist, hat er diesen Posten auszufüllen und kann ihn erst dann verlassen, wenn seine Partei ihm das Recht gibt. (Sehr richtig! bei den U.Soz.) Es ist ganz unerhört und geradezu unerschämmt, Löwenstein Mangel an Takt und Feingefühl vorzuwerfen. (Große Unruhe rechts.) Um gekehrt ist es eher richtig, daß diejenigen, die Löwenstein zu kennen behaupten, einen Mangel an Takt und Feingefühl haben. Dieser Angriff fällt auf die Herren Angreifer zurück.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

11) Irgendwo am Haagedehangen blieb ich vor einem Schwarzmagazin stehen, wo einige Speisen im Fenster standen. Neben einem runden Franzbrot lag eine Kote und schlief; dicht hinter ihr standen eine Kruste mit Schmalz und mehrere Gläser mit Grütze. Ich stand einen Augenblick und sah mir diese Schwarzwaren an; da ich aber nichts zum Kaufen hatte, wandte ich mich rasch wieder ab und setzte meinen Marsch fort. Ich ging langsam, immer weiter und weiter, Stunde auf Stunde, bis ich endlich in den Stadtbuchendwald gelangte.

Hier verließ ich den Weg und setzte mich hin, um auszuruhen. Dann fing ich an, mir einen passenden Platz zu suchen, trug ein wenig Heidekraut und Wachholder zusammen und bereitete mir auf einer kleinen Halde, wo es einigermaßen trocken war, ein Lager. Öffnete dann mein Paket und nahm meine Decke heraus. Ich war ganz müde und erschlagen von dem weiten Weg und legte mich sofort schlafen. Lange warf und wandte ich mich hin und her, bevor ich die richtige Lage gefunden hatte, mein Ohr schmerzte ein wenig, es war angeschwollen durch den Hieb, und ich konnte nicht darauf liegen. Meine Schuhe zog ich aus und legte sie mir unter den Kopf und oben darauf das Papier zum Semb.

Die erhabene Stimmung der Dunkelheit ruhte rund umher; alles war still, alles. Aber oben auf der Höhe rauschte der ewige Sang, das Windeswehen, das ferne, tonlose Summen, das niemals schweigt. Ich lauschte so lange auf dies endlose, frische Sausen, daß es anfang, mich zu verwirren. Das waren gewiß die Symphonien der rollenden Welten über mir, die Sterne, die einen Gesang intonierten . . .

„Zum Teufel auch!“ sagte ich und lachte laut, um mir Mut zu machen. „Die Nachtvögel sind's drüber in Kanaan!“

Und ich stand auf und legte mich wieder, zog die Stiefel an und ging im Dunkeln umher und legte mich auf's neue, kämpfte und litt unter Angst und Zorn bis zum Morgen grauen, und fiel dann endlich in Schlaf.

Es war heller Tag, als ich die Augen aufschlug, und ich hatte das Gefühl, als müsse es bald Mittag sein. Ich zog die Stiefel an, packte meine Decke wieder ein und ging nach der Stadt zurück. Auch heute war keine Sonne zu sehen, und mich fror wie einen Hund; meine Beine waren wie abgestorben, und meine Augen begannen zu tränen, als ob sie das Tageslicht nicht vertrügen.

Ihr Hauptargument richtet sich gegen den sogenannten Fachmann Löwenstein. Sie sprechen ihm jedes pädagogische Können ab, und das tun besonders diejenigen Herren, die selber sagen, sie kennen den Herrn Löwenstein gar nicht. (Unruhe rechts.) Herr Hollmann, mein Vorredner, hat wie ein Schulmeister auf meinen Kollegen Bräuner von oben herabgesehen, weil er die Dreifachheit gehabt habe, in dieser Frage, in der er nicht Fachmann sei, zu sprechen. Er hat allerdings nichts über die Herren gesagt, die vor ihm gesprochen haben. Jedenfalls sind ihm die Geistlichen in erster Linie Autorität auf dem Gebiet der Pädagogik. Wir können ja die Seelenverwandtschaft dieser Herrschaften, die jeden anderen, der nicht gerade geborener Schulmeister ist, am liebsten schulmeisterlich mühten. Wir werden uns nicht abhalten lassen, ihnen das zu sagen, was wir für notwendig halten, auch wenn wir gerade nicht Schulmeister sind. Ich will nicht auf die Ausführungen des Herrn Pfarrer Ritter eingehen. Wir haben allerdings eine andere Auffassung, und diese trennt sich sehr weit von der, die er vorgebracht hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin davon überzeugt, daß unsere Weltanschauung von der Ihrigen so weit verschieden ist, daß wir nach keiner Richtung zusammenkommen werden. (Ruf rechts: Gottseidank!) Von der Sittlichkeit, wie sie heute in der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden ist, ist die Sittlichkeit, die wir anstreben, allerdings weit entfernt. (Sehr wahr! bei den U.Soz. Sehr richtig! rechts.)

Es ist hier davon gesprochen worden, daß der Wille der Lehrerschaft durch die Wahl Löwensteins nicht die genügende Beachtung fände. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß außer den Lehrern auch noch andere Leute da sind, die ein Interesse an der Erziehung der Kinder haben.

Das sind die Eltern.

(Große Unruhe und Jurafe rechts.) Die große Masse der Berliner Bevölkerung hat bei den Wahlen klar zum Ausdruck gebracht, wie sie politisch steht, und diesen Willensausdruck der Bevölkerung können Sie durch noch soviel häßliche Angriffe auf Löwenstein nicht hinwegwischen. (Lebhafte Zustimmung bei den U.Soz. Jurafe rechts.)

Sie haben nun Löwenstein auf allen Gebieten zu Leibe zu gehen versucht, und Herr Abgeordneter Heß hat sich besonders gegen den Juden Löwenstein gewandt. Er ist gar kein Jude. (Lachen rechts und im Zentrum.) Aber darum ist es Ihnen ja auch gar nicht zu tun, wenn Sie sich gegen den Juden Löwenstein oder gegen den Dissidenten Löwenstein wenden, in Wirklichkeit wollen Sie sich gegen den Sozialisten Löwenstein wenden. Ich weiß nicht, wie Sie sich die weitere Entwicklung der Dinge vorstellen. Glauben Sie denn, wenn Ihnen heute die Staatsregierung Ihren Willen tut und in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingreift, uns zu zwingen, morgen oder übermorgen etwa einen Schulrat zu wählen, der den beiden Geistlichen, die jetzt die Interpellation eingebracht, oder der den Herren Hoffmann oder Heß genehm ist. Sie müssen sich also davon gefast machen, daß dieser Kampf um den Berliner Stadtschulrat nicht nur ein Kampf um Löwenstein bleibt,

sondern ein Kampf um eine freie Weltanschauung.

Und darum möchte ich jetzt auch der Staatsregierung ganz ernstlich zu bedenken geben, zu überlegen, was sie tut, wenn sie jetzt der Wahl des Herrn Dr. Löwenstein ihre Bestätigung versagt. Ans werden Sie keinen Posten damit spielen. Wir werden immer weiteren Kreisen zeigen, was Geistes Kind diese Landesversammlung ist. Die Berliner Bevölkerung wird immer mehr erkennen, daß wir heute noch in einem Klassenstaate leben und daß dieser Klassenstaat mit allen Mitteln jeden freibürgerlichen Geistes ersticken will. Fahren Sie auf diesem Wege fort, Sie werden durch diese Art der Propaganda nur Wasser auf unsere Mühlen liefern.

Abg. Koch-Degenhausen (D.Nat.): Wir beantragen Ueberweisung der großen Anfrage an den Gemeindevorstand. Wir erwarten, daß wir dann wenigstens im Ausschuh einen Kommisar leben werden. Wir bedauern, daß hier weder der Minister des Innern noch der Kultusminister erschienen ist. (Zustimmung.) Damit schließt die Debatte, die große Anfrage geht an den Gemeindevorstand. Dagegen können die drei sozialdemokratischen Gruppen.

Das Kommissionsgeschick wird an den Ausschuh zurückverwiesen. Nach der Erledigung kleinerer Vorlagen ohne Aussprache tritt das Haus in die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes beim Titel Allgemeine Finanzverwaltung ein.

Abg. Cunow (Soz.): Durch das Verlangen der Steuererhöhung im Reich sind auch die Finanzen der Gliedstaaten verkrüppelt. Ohne neue Steuern ist die Neuordnung der Beamtenbesetzung unmöglich. Der Großgrundbesitz konnte noch am ehesten eine Mehrbe-

haltung vertragen. Die gegenwärtige Ausgabenwirtschaft kann nicht fortgesetzt werden, sonst wird der Staat dem Bankrott entgegengetrieben.

Dr. Frenkel (Dem.): Dem Herren Abgeordneten Cunow kann ich in vielen Punkten zustimmen; aber wenn er gegen Erzberger polemisiert, dann ist doch nicht zu vergessen, daß gerade seine Freunde Erzbergers Stützen waren. Der Steuererhöhung kann auf die Dauer nicht durchgehört werden, weil er nur einen Teil der Bevölkerung trifft. Vor das Wiederhineingeraten in den Defizitgalopp bewahrt uns nur die Einschränkung aller Ausgaben.

Danach verträgt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Der Schutz von der Millionenbrücke

Die Beweisaufnahme gegen die des Nordes an dem Lokomotivführer Reichmühls angeklagten Kornah, Kohloff und Schilski wurde am Mittwoch zu Ende geführt.

Mehrere Zeugen werden über die Bezeugung des Angeklagten Kornah vernommen, daß an dem Tage der Tat

auf der Straße von der Sicherheitspolizei geschossen

worden sei und er sich darüber sehr erregt habe. Eine Zeugin bezeugt, daß am 23. März die Sicherheitspolizei in die Menge hineingekommen und ihre kleine Tochter durch einen Bauchschuß schwer verletzt habe. — Der Vater des Angeklagten Kohloff bezeugt, daß sein Sohn von Jugend auf nicht normal gewesen sei, er sei stets vergeßlich gewesen und habe alle möglichen Torheiten begangen.

Ueber den Geisteszustand der Angeklagten Kornah und Kohloff wurde hierauf der Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Lehnen vernommen. Wie der Sachverständige erklärte, sei Kornah ein erblich belasteter Mensch mit Degenerationszeichen und stark neurotischen Erscheinungen. Die Voraussetzungen des § 51 seien aber bei ihm nicht gegeben. Was seine Ueberlegungsfähigkeit anbelangt, so könnte man eventuell annehmen, daß eine gewisse Affekthandlung vorliegen könnte, da er unmittelbar vor der Tat durch den Anblick des angeklagten Kindes in eine besonders starke Erregung versetzt worden sein will. — Was Kohloff anbelangt, so ist auch er ein minderwertiger Mensch, der aber stark überreizt, was vielleicht auch als Zeichen seiner Minderwertigkeit anzusehen ist, weil er glaubt, auf diese Weise hier besser fortzukommen. Der § 51 sei bei ihm ebenfalls nicht anwendbar.

Auch Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann kam in seinem Gutachten über Kohloff zu dem Schluss, daß dieser stark überreizt sei.

Nach der Mittagspause ergriff Staatsanwaltschaftsrat Getlach das Wort zur

Begründung der Anklage

und führt dabei u. a. aus: In dem bekannten Zofischen Roman: „Die Bestie im Menschen“ werde eine Szene geschildert, wie auf einem fahrenden Eisenbahnzug Lokomotivführer und Heizer in Streit gerieten, dabei von der Lokomotive herabstürzen der fahrerlose Zug weiterrollte, auf einen anderen Zug aufstieß und viele Menschen durch dieses Unglück vernichtet wurden. Wenn wir in Berlin am 23. März Ähnliches erlebt hätten, so würden die drei Angeklagten die Verantwortung dafür zu tragen gehabt haben.

Für die unter Anklage stehende Tat sind alle drei Angeklagten verantwortlich. Kornah gibt zu, auf der Brücke gewesen zu sein und geschossen zu haben, ebenso hat Kohloff in der Worterhebung zugegeben, bei der Tat beteiligt gewesen zu sein. Schilski hat seine Beteiligung bestritten, sein Alibibeweis ist aber nicht schlüssig. Kornah ist gewissermaßen der geistige Führer der ganzen Aktion gewesen. Er wollte vielleicht in erster Linie sprechen, aber seine große Mut auf die Gegenpartei und die Leute, die den Streik abgebrochen hatten, hat ihn über die ursprüngliche Absicht hinausgetrieben. Die Anklage wegen Mordes soll nicht aufrechterhalten werden, weil Kornah und Kohloff geistig etwas minderwertige Menschen sind, denen die volle Ueberlegungsfähigkeit nicht auszusprechen ist, und weil damals eine kolossale Erregtheit und Erregtheit sich weiter Kreise bemächtigt hatte. Die Angeklagten sind

wegen Totschlages zu verurteilen

und mildere Umstände können ihnen nicht zugerechnet werden. Würden die Angeklagten mit einer kleinen Gefängnisstrafe davonkommen, so würde man damit einen Freibrief für alle die Leute schaffen, die zu solchen Gewalttaten neigen, dann würde es allmählich ein Sport werden, wirtschaftliche Gegner niederzulassen.

Rechtsanwalt Liebnecht bestritt entschieden, daß Kornah und Kohloff eine Tötungsabsicht gehabt haben; man wollte die Ruhelegung des Eisenbahnbetriebes erreichen, das Schießen

hatte und sich beinahe tot trug an einer Bettdecke, die einem anderen gehörte.

Mit der Zeit würde sich ganz gewiß ein Ausweg finden! Da war ja noch der Kaufmann auf Grönlandsferret. Hatte ich ihn etwa jede Stunde des Tages überlaufen, seitdem ich ihm mein Gesicht geschickt hatte? Etwas früh und spät an seiner Türpfote gerissen, um endlich abgewiesen zu werden? Ja hatte mich nicht einmal persönlich bei ihm gemeldet. Es brauchte ja kein ganz vergeßlicher Versuch gewesen zu sein, das Glück war mir diesmal vielleicht günstig; es hatte oft so seltsam verschlungenen Wege. Ich machte mich also auf den Weg nach Grönlandsferret.

Der letzte Kauf, der mir durch den Kopf ging, hatte mich ein wenig matt gemacht; ich ging äußerst langsam und überlegte, was ich dem Kaufmann sagen sollte. Vielleicht war er eine gute Seele; kam die Laune über ihn, so gab er mir wohl eine Krone Vorschuh auf meine Arbeit, ohne daß ich ihn darum bat; solche Leute hatten oft ganz vorzügliche Einfälle.

Ich schlich mich in einen Torweg und schwärzte meine Hosenlinie mit Speichel, um ein bißchen ordentlich auszusehen, legte meine Decke in einem dunklen Winkel hinter eine Kiste, ging schräg über die Straße und trat in den kleinen Laden.

Ein Mann ist drinnen und klettert Düten aus alten Zeitungen.

„Ich möchte mit Herrn Christie sprechen“, sagte ich.

„Der bin ich selbst“, entgegnete der Mann.

„Run, mein Name sei der und der“, ich hätte mir erlaubt, ihm mein Gesicht zuzuschicken; ich wisse nun nicht, ob es von Erfolg gewesen.

Er wiederholte meinen Namen ein paarmal und fing an zu lachen. „Jetzt sollen Sie mal was sehen!“ sagte er und zog meinen Brief aus der Brusttasche. „Wollen Sie gefälligst sehen, wie Sie mit Zahlen umgehen, mein Herr. Sie haben Ihren Brief mit der Jahreszahl 1848 datiert.“ Und der Mann lachte aus vollem Halse.

Das sei allerdings nicht ganz richtig, sagte ich verzagt, eine Gedankenlosigkeit, eine Zerstreuung, — das müßte ich zugeben.

„Sehen Sie, ich muß einen Menschen haben, der sich bei Zahlen nicht irrt“, sagte er. „Es tut mir leid. Ihre Handschrift ist so deutlich, Ihr Brief gefällt mir auch sonst.“

Ich wartete einen Augenblick. Das konnte unmöglich sein, leichtes Wort sein. Dann fing er wieder mit seinen Düten an, (Fortsetzung folgt.)

Es war 3 Uhr. Der Hunger begann sich schlimm bemerkbar zu machen, ich wurde matt, und dann und wann wurde mir übel. Ich schwenkte ab nach der Dampfkuhle, las die ausgehängte Tafel und zurte auffallend mit den Schultern, als ob Pökelfleisch kein Essen für mich sei; von dort ging ich hinunter nach dem Eisenbahnplatz.

Wühlend fuhr mir ein eigentümlicher Schwindel durch den Kopf; ich ging weiter und wollte es nicht beachten, aber es wurde immer schlimmer, und zuletzt mußte ich mich auf eine Treppe setzen. Mein ganzer Sinn erlitt eine Veränderung, wie wenn in meinem Innern etwas zur Seite glitt oder ein Vorhang, ein Gewebe in meinem Gehirn zerfiel. Ich schnappte ein paarmal nach Luft und blieb verwundert sitzen. Ich war nicht bewußtlos, denn ich fühlte deutlich den Schmerz am Ohr, und als ein Bekannter vorüber kam, erkannte ich ihn sofort und grüßte ihn.

Was war das für ein qualvolles Gefühl, das jetzt zu dem übrigen kam? War es die Folge davon, daß ich auf dem kalten Erdboden geschlafen hatte? Oder lag es daran, daß ich noch kein Frühstück gegessen hatte? Im ganzen genommen war es einfach sinnlos, so zu leben; bei Christi heiligen Wunden! Ich begriff nicht, durch was ich diese Verfolgung vom Schicksal verdient hatte! Und plötzlich fiel es mir ein, daß ich lieber gleich zum Gauner werden und mit der Bettdecke nach „Onfels“ Kellner gehen könne. Ich konnte sie für eine Krone versehen, drei reichliche Maßzeiten dafür bekommen und mich über Wasser halten, bis sich etwas fand, Hans Pauli mußte ich dann etwas vorschwindeln. Ich war schon auf dem Wege nach dem Keller, blieb aber vor dem Eingang stehen, schüttelte unentschlossen den Kopf und kehrte wieder um.

Je weiter ich mich entfernte, desto trostloser wurde ich darüber, daß ich in dieser schweren Verfolgung Sieger geblieben war. Das Bewußtsein, daß ich noch rein und ehrlich sei, ließ mir zu Kopfe, erfüllte mich mit dem herrlichen Gefühl, ein Charakter zu sein, ein weiser Leuchtturm inmitten eines trüben Menschenmeeres, auf dem nichts als Wraack umhertrieb. Das Eigentum eines anderen für eine Maßzeit versehen, sich selbst das Urteil essen und trinken, seine Seele durch den ersten, kleinen Strich brandmarken, den ersten schwarzen Fleck auf seine Ehrenhaftigkeit setzen, sich Gauner nennen und den Blick vor sich selbst zu Boden senken müssen — nimmermehr! Nimmermehr! Es war nicht im Ernst meine Absicht gewesen, es war mir eigentlich nicht einmal eingefallen; für lose, jagende Gedanken war man nicht verantwortlich, besonders wenn man fürchterliche Kopfschmerzen

solte ein Mittel der Abwehr sein, den Lokomotivführern sollte warnend gezeigt werden, welchen Gefahren sie sich aussetzen, wenn sie nicht beim Streik verblieben. Weder Mord noch Tötungsabsicht sei bei einem der Angeklagten festgestellt, sondern es könne nur der § 227 des St.G.B. in Anwendung kommen, der vom Kaufhandel handelt, ebenso die Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Der Verteidiger empfahl dringend die Jubilierung mildernder Umstände unter Hinweis auf die kolossale Erregung, die sich infolge des Rapp-Burkescher Volksstriege bemächtigt hatte.

Das Urteil.
Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Korczak im Widerspruch mit dem nur auf Totschlag hinzielenden Antrag des Staatsanwalts des Mordes schuldig, den Angeklagten Kohloff des Kaufhandels und der Transportgefährdung mit Todeserfolg schuldig, den Angeklagten Schilski für nichtschuldig.

Bezüglich des Korczak waren die Geschworenen nach kurzer Beratung einstimmig der Meinung, daß sich die Geschworenen zu dessen Nachteil nicht äußern dürfen, und verweisen deshalb bezüglich dieses Angeklagten die Sache zur Verhandlung an die nächste Schwurgerichtsbehörde. Schilski wurde freigesprochen. Kohloff in 10 Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Gewerkschaftliches

Schlichtungsausschußbeisitzer
Am Donnerstag, den 26. Oktober 1920, nachmittags 6 Uhr, findet im Sitzungssaal des Metallarbeiterverbandes, Linienstraße 83-85, eine Sitzung sämtlicher freigewerkschaftlicher Schlichtungsausschußbeisitzer Groß-Berlin statt.

Groß-Berlin

Nur 200 Wohnhäuser

Die Pressemeldung über einen Beschluß des Stadtoberordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der Magistratsvorlagen, nach der es den Anschein hat, als ob seitens der Stadtgemeinde sechs- und zehnhundert Wohnhäuser erbaut werden sollen, beruht auf einem Mißverständnis. Der Ausschuß der Stadtoberordneten-Versammlung hat vielmehr in seiner Sitzung am 13. d. M. beschlossen, in welchem der zehnhundert Wohnhäuser auf dem Gelände der Jungfernhöhe an der Britanischen und Transoanstraße nach zwei Typen mit einer Verkaufsfläche von 50 und 33 Quadratmeter zu erbauen und sie als Doppelhäuser anzuführen. Die Häuser werden Stube, Kammer und Wohnküche und in einem Anbau eine Waschküche sowie einen Stall mit Kasse enthalten. Sie werden massiv in Beton- und Ziegelbauweise ausgeführt werden. Zu jedem Haus gehört ein Garten von 400-500 Quadratmeter Größe. Mit der Ausschließung des Geländes ist bereits begonnen worden. Die Verpachtung der Wohnhäuser erfolgt bis zur Dauer von sechs Jahren für einen Pachtpreis von 720 bzw. 730 Mk. durch das Klingengarten- und Siedlungsamt der Stadt Berlin, im Rathaus, Zimmer 117. Die außer den Kosten für die Errichtung dieser Häuser und die Aufhebung des Geländes seitens des Ausschusses der Stadtoberordneten-Versammlung bewilligten 3 000 000 Mark dienen dazu, einen Zuschuß bis zur Höhe von 5000 Mk. im Einzelfalle an solche Besitzer von Sommerlauben zu gewähren, welche beabsichtigen, diese zu Dauerlauben auszubauen und ihre Stadtwohnung aufzugeben. Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt durch das Wohnungsamt, Oranienburger Str. 16.

Arbeiter, Parteienoffen!

Die Arbeiterbildungsschule der U. S. V. Groß-Berlin hat durch die Gründung des Sprechchors für die proletarischen Feiertage einen Wert in Angriff genommen, der dem Proletariat neue Wege in der Kulturbewegung, sowie im proletarischen Kunstschaffens bietet. Unsere Teilnahme an den Werken zeitgenössischen Kunstschaffens hat zum Ziele, die Proletariermassen zur tätigen Anteilnahme anzuregen. Die Gründung des Sprechchors ist ein wichtiger Schritt auf diesem Wege. Männer, Frauen und Jugendliche kommt und helfe mit beim Aufbau dieses Wertes, zu dem die Arbeiterbildungsschule das Fundament gelegt hat. Die Teilnehmer an diesem Chor brauchen nicht Sänger zu sein, wie vielfach angenommen wird, nur muß die Teilnehmerzahl noch erheblich größer werden, um der neuen Schöpfung Leben einzubringen. Im November findet bereits die Erstaufführung eines Wertes von Ernst Lohr statt und ersehen wir alle Chors, sowie neue Teilnehmer am Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien Gymnasiums, Steinstraße, pünktlich zu erscheinen. Sämtlichen Chormitgliedern machen wir besonders zur Pflicht, zu der Probe am Sonntag, den 24. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Eingang Schiffbauerdamm, bestimmt zu erscheinen.

Der Ausschuß des Sprechchors:
Gillert, Anklam, Beck, Neumann, Müller, Büngel.

Bildungslehre für Frauen. Wegen der heutigen Funktionärinnen-Versammlung im Reichstage muß unser Vortrag heute abend im Abgeordnetenhaus ausfallen. Da wir Gelegenheit nehmen werden, unseren Antrag vom vorigen Donnerstag zur Diskussion zu stellen, werden die Genossinnen gebeten, recht zahlreich im Reichstag, Zimmer 23, um 7 Uhr abends, zu erscheinen. Unser Kursus wird am nächsten Donnerstag, pünktlich um 7 1/2 Uhr, im Abgeordnetenhaus weitergeführt. Die laufenden Vorträge werden am Sonntag in der „Freiheit“ noch einmal bekanntgegeben.

Hochschule Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 21. d. Mts., beginnen folgende Vortragsreihen: Prof. Kalschke: Bau und Leben der Säugtiere. Zoologisches Institut, Invalidenstr. 43, abends 7 Uhr. — Dr. Lamia: Vom Bau der Sternennelken. Gymnasium Gleimstr. 49, abends 7 Uhr. — Studentat Schacht: Mathematik I, Weigenlee, Realgymnasium, Wilsdorfstraße, abends 7 Uhr. — Prof. Thiel: Harmonie- und Formenlehre. Ebenba, abends 7 Uhr. — Dr. Sternberg: Die philosophischen Staatstheorien. Paltestr. 44/46, abends 8 1/2 Uhr. — N. Seidel: Die Betriebsräte. Treptow, Neue Arzgassee 6, abends 7 Uhr. — Dr. Eisfeld: Die moderne deutsche Unternehmung. Wittenwalder Str. 34/37, abends 7 1/2 Uhr. — Dr. Bloch: Elektromagnetismus I. Reußstr. 10, abends 7 Uhr. — Dr. Graub: Probleme des Denkens. Reußstr. 10, abends 8 Uhr. — Dr. Heinich: Mathematik IV. Wilmersdorf, Uhlandstr. 91/92, abends 7 1/2 Uhr. — Dr. Oppermann: Die Kleinlebewelt unserer Gewässer. Wilmersdorf, Obercaaschule am Seepark, abends 8 Uhr. — Dr. Riethe: Werkzeuge der Himmelsforschung. Technische Hochschule Charlottenburg, Berliner Straße 172, abends 8 1/2 Uhr. — Karten in den bekannten Verkaufsstellen und an den Abendstellen.

Wieder ein Attentat auf einen Lokomotivführer. Am Dienstag nachmittag wurden in der Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen auf eine vom Stettiner Bahnhof nach Buch fahrende Porzellanlokomotive, von der Humboldtbrücke herab, einige Schiffe abgedeckt. Eine Kugel traf den Lokomotivführer Busse aus der Bellermannstr. 93 und verletzte ihn am Auge. Die sofort angestellten Ermittlungen nach dem Urheber dieses Attentates sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Aus den Organisationen

Bildungslehre für Frauen. Wegen der heutigen Funktionärinnen-Versammlung im Reichstage muß unser Vortrag heute abend im Abgeordnetenhaus ausfallen. Da wir Gelegenheit nehmen werden, unseren Antrag vom vorigen Donnerstag zur Diskussion zu stellen, werden die Genossinnen gebeten, recht zahlreich im Reichstag, Zimmer 23, um 7 Uhr abends, zu erscheinen. Unser Kursus wird am nächsten Donnerstag, pünktlich um 7 1/2 Uhr, im Abgeordnetenhaus weitergeführt. Die laufenden Vorträge werden am Sonntag in der „Freiheit“ noch einmal bekanntgegeben.

Bereinskalendar

Transportarbeiter-Verband (Textilbranche). Am Donnerstag nachm. 5 Uhr bei Mitte, Veltke 20. Gruppenversammlung Gruppe 1 (Tuche, Felle, Kleiderstoffe). — Am Freitag nachm. 5 Uhr bei Mitte, Veltke 20. Gruppenversammlung Gruppe 2 (Damenmäntel, Schürzen, Tapetierarbeiten, Konfektion, Weißwaren). — **Freiwilliger Arbeiter-Verein.** Abt. 1 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 2 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 3 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 4 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 5 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 6 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 7 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 8 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 9 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 10 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 11 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 12 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 13 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 14 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 15 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 16 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 17 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 18 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 19 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 20 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 21 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 22 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 23 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 24 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 25 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 26 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 27 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 28 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 29 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 30 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 31 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 32 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 33 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 34 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 35 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 36 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 37 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 38 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 39 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 40 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 41 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 42 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 43 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 44 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 45 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 46 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 47 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 48 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 49 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 50 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 51 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 52 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 53 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 54 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 55 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 56 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 57 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 58 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 59 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 60 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 61 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 62 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 63 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 64 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 65 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 66 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 67 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 68 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 69 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 70 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 71 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 72 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 73 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 74 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 75 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 76 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 77 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 78 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 79 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 80 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 81 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 82 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 83 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 84 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 85 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 86 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 87 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 88 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 89 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 90 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 91 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 92 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 93 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 94 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 95 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 96 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 97 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 98 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 99 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 100 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 101 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 102 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 103 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 104 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 105 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 106 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 107 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 108 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 109 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 110 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 111 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 112 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 113 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 114 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 115 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 116 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 117 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 118 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 119 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 120 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 121 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 122 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jahrgänge 1-4 (Kochschüler). — **Arbeiter-Verein.** Abt. 123 (Arbeiter). Wahl der Kandidaten in den Arbeitsschlichter. Versammlung am 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, Reichshaus, Reichenhagenstr. 11-12. Jah